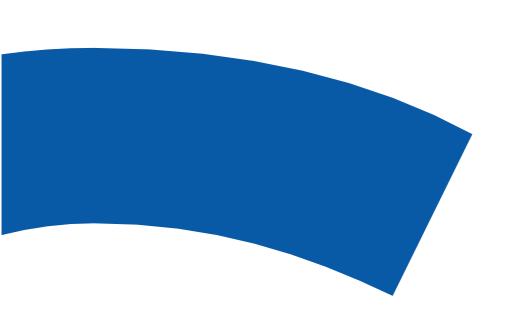


Freie Hansestadt Bremen





Bericht über die Amtsärztlichen Gutachten zur Frage der Dienstfähigkeit/Dienstunfähigkeit

2003

Juni 2004

Verteiler:

- 1. Senator für Finanzen 3, 30 und 32,
- 2. PERFORMA Nord
- 3. Senator für Bildung und Wissenschaft, 11 und 2
- 4. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit Jugend und Soziales
- 5. Gesundheitsamt Bremerhaven

Der Bericht folgt den zwischen den Gesundheitsämtern Bremen und Bremerhaven, dem Senator für Arbeit, Frauen Gesundheit, Jugend und Soziales und dem Senator für Finanzen (damals: SKP) zwischen dem 18.02.99 und 03.05.1999 entwickelten Berichtspunkten. Wir empfehlen, die Berichte der Vorjahre zum Vergleich heranzuziehen. In den Tabellen sind Vergleichszahlen angegeben. Einige Berichtspunkte wurden neu aufgenommen (3. und 4.) oder wieder aufgegriffen (11.).

1. Zahl der durchgeführten Dienstfähigkeitsbegutachtungen 2003:

		Zum Ver- gleich	
	2003	2002	
1. Halbjahr	67	78	
2. Halbjahr	55	70	
gesamt	122	148	

Amts- und Vertrauensärztlicher Dienst Untersuchungen	83	96
A+VÄD nach Aktenlage	1	1
Sozialpsychiatrischer Dienst	38	51
Primäre Weitergabe an externen Gutachter	0	0
	122	148

Das Auftragsaufkommen hat sich gegenüber 2002 verringert. Für 2004 (01 - 05/2004) deutet sich wieder eine leichte Zunahme an.

2. Anteil umfassend und vollständig eingereichter Gutachtenaufträge:

	200	3	200	02
Ausgewertete Gutachten	122	100%	148	100,0%
Gutachtenauftrag umfas- send, Hintergrundinforma- tionen vorhanden	73	59,8%	80	54,1%
Unvollständiger Gutachte- nauftrag, keine oder weni- ge Hintergrundinformatio- nen	49	40,2%	68	45,9%
Nicht erfasst	0	0	0	0

Der Anteil an Gutachtenaufträgen mit aussagefähigen Vorinformationen hat sich weiter erhöht. Der Vergleich mit 1998 (damals nur 25%!) macht die positive Entwicklung deutlich.

3. Wer hat die Begutachtung veranlasst? (außerhalb der Berichtsroutine)

Gutachten zur Dienstfähigkeit / Dienstunfähigkeit werden entweder von den Dienststellen in Auftrag gegeben oder gehen auf die Initiative der Beamtinnen und Beamten zurück, die die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand beantragen. Die letzten Jahre zeigen hier eine interessante Entwicklung:

Jahr	Zahl der Begutachtungen		Initiative des Beam- ten/ der Beamtin
2000	307	56,7%	43,0%
2001	141	62,4%	37,6%
2002	148	67,6%	31,8%
2003	122	74,6%	25,4%

Im Gegensatz zum Jahr 2000 haben im Jahr 2003 in fast ¾ der Fälle die Leitungen der Dienststellen die Initiative ergriffen. Im Rückblick erklärt sich das durch die damals bevorstehende deutliche Verringerung der Versorgungsbezüge nach 2000, die zahlreiche Beamtinnen und Beamte veranlasst hat, "vorgezogene" Anträge auf Zurruhesetzung zu stellen.

4. Wie war der dienstliche Status zum Zeitpunkt der Begutachtung? (außerhalb der Berichtsroutine)

	2003	2002	2001	2000
im Dienst	26,2%	27,0%	26,2%	27,4%
AU krankgeschrieben	57,4%	59,5%	60,3%	59,0%
beurlaubt ohne Bezüge/ oder suspendiert/ oder Sabbatjahr	5,7%	4,1%	2,1%	3,6%
In Altersteilzeit oder Teilpensio- nierung	17,2%	11,5%	11,3%	6,2%
im Ruhestand	10,7%	9,5%	11,3%	9,8%

Hier zeigen sich im Trend keine so gravierenden Unterschiede, sieht man von der deutlich angestiegenen Altersteilzeitquote ab. Dieser Verlauf entspricht aber der Entwicklung der Altersteilzeit insgesamt, deren Inanspruchnahme sich von 2000 (960 Personen) bis 2002 (2.060 Personen) mehr als verdoppelt hat. Das Blockmodell ist mit 87% das deutlich attraktivere Modell. ¹)

5. Anteil von Gutachten mit Bearbeitungszeiten unter/ über 3/4 Wochen

Wir haben wieder ermittelt, ob und wie sich vollständige Gutachtenaufträge und komplett vorliegende relevante ärztliche Befunde auf die Bearbeitungsdauern auswirken.

	20	03	20	02
	Dauer ab Bear- beitungsfähig- keit des Auftra- ges / Anteil in %	Gesamtdauer von Eingang bis Ausgang / Anteil in %	Dauer ab Bear- beitungsfähig- keit des Auftra- ges / Anteil in %	Gesamtdauer von Eingang bis Ausgang / Anteil in %
Bis zu 3 Wochen	29,0	14,5	27,8	12,5
3 - 4 Wochen	19,4	12,9	10,4	14,6
Über 4 Wochen	51,6	72,6	61,8	72,9
Nicht erfasst	0	0	0	0
	100	100	100	100

Die Abläufe haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht entscheidend verkürzt. Wieder wird der Unterschied zwischen kompletten (bearbeitungsfähigen) und unvollständigen Aufträgen deutlich. Natürlich wirken sich daneben noch andere Faktoren aus. Der Bericht der Innenrevision vom vergangenen Jahr hat bekanntlich die Arbeitsabläufe im Amts- und Vertrauensärztlichen Dienst analysiert und als gut und sachorientiert dargestellt.

Auch bei im Prinzip gut vorbereiteten Aufträgen mussten abhängig vom Ergebnis der Exploration und der Untersuchung ergänzende Befundberichte nicht selten zusätzlich angefordert werden, ohne die eine vollständige sozialmedizinische Bewertung nicht möglich wäre (25% der Begutachtungen).

Psychiatrische Begutachtung (30,6% aller Gutachten) und psychosomatische Zusatzbegutachtung (weitere 10,7%) bedeuten in der Regel zwei, oft sogar drei Untersuchungstermine, die naturgemäß die Bearbeitungsdauer verlängern.

Terminabsagen durch die Patienten sind mit 16% ein weiterer Grund der Verzögerung und kamen **doppelt** so oft vor wie 2002 (8,1%).

_

¹ Senator für Finanzen, Personalcontrolling Band I, S.21 f., Anhang S. 4 f.

6. Anteil der Zusatzbegutachtungen mit beteiligten Fachdisziplinen

(Ohne an externe Gutachter weitergeleitete Fälle. Angaben in % aller Gutachtenfälle, N = 122)

	20	2003		02
kein Zusatzgutachten	86	71,1%	116	78,3%
Zusatzgutachten	35	28,9%	32	21,7%
		100%		100%
Fachdisziplinen				
Orthopädie	24	19,8%	29	19,6%
Psychosomatik/ Psychothera- pie	13	10,7%	8	5,4%
Psychiatrie	4	3,3%	0	0
HNO- ärztlich	0	0	0	0
Neurologie	0	0	0	0
klinisch - psychologisch	1	0,8%	0	0
anderes Fach	0	0	0	0
	42	34,6%	37	25,0%

Anmerkungen:

Orthopädie in eigener Regie über Vertrag mit der Rolandklinik am Werdersee. Psychosomatik, Neurologie und klinische Psychologie: ZKH Bremen- Ost. Der geringe Anteil an fachpsychiatrischer **Zusatz**begutachtung ergibt sich aus der in Punkt 1 dargestellten Primärverteilung der Gutachten zwischen Amts- und Vertrauensärztlichem Dienst und Sozialpsychiatrischem Dienst. In einigen Fällen waren doppelte Zusatzbegutachtungen indiziert.

Da Zusatzgutachten fast ausschließlich vom Amts- und Vertrauensärztlichen Dienst angefordert werden, liegt der Anteil dort bei über 42%.

7. Ergebnisse der gutachterlichen Untersuchungen und gutachterliche Empfehlungen.

Dargestellt sind die Ergebnisse, die sich als negatives und positives Leistungsbild und als zeitliche und inhaltliche Prognosen beschreiben lassen.

5.1. Leistungsminderung, Leistungseinschränkungen?

	2003	2002
im bisherigen Tätigkeitsbereich keine Einschränkungen	5,7%	0,7%
Ja, aber Einschränkungen nicht erheblich	13,1%	9,5%
Ja, Einschränkungen erheblich	81,1%	89,9%
	100,0%	100,0%
für allgemeine Tätigkeiten keine Einschränkungen	7,4%	2,0%
Ja, aber nicht erheblich	20,5%	17,6%
Ja, Einschränkungen erheblich	72,1%	80,4%
	100,0%	100,0%

5.2 Therapeutische oder andere Empfehlungen

	2003	2002
Kein zusätzlicher oder weiterer Therapiebedarf	62,3%	52,7%
Therapiebedarf oder andere Empfehlungen?	37,7%	47,3%
Keine Angabe		0

7.3 Positives Leistungsbild, zeitliche und inhaltliche Prognose

	2003	2002
Weiterhin oder ab sofort arbeitsfähig , gleicher Umfang, gleiche Tätigkeit	9,8%	6,8%
weitere Fehlzeiten zu erwarten	1,6%	4,1%
weiter arbeitsfähig, aber reduziert ("Teilpensionierung")	10,7%	5,4%
ab sofort arbeitsfähig nach Umsetzung oder Änderung der dienstlichen Aufgaben	12,3%	12,2%
schrittweise Wiedereingliederung empfohlen	12,3%	9,5%
weiter arbeitsunfähig	17,2%	6,9%
Ärztl. Behandlung notwendig für: bis zu 3 Mon.	5,8%	4,1%
für bis zu 6 Monate	7,4%	4,7%
für mehr als 6 Monate	5,0%	12,2%
Leistungsvermögen aufgehoben oder hochgradig eingeschränkt	48,8%	57,4%
keine gutachterliche Einschätzung oder Empfehlung	0,0%	0,7%

Angaben in % aller Gutachtenfälle (N = 122). Summe > 100%, da Mehrfachnennungen.

Die Aussagen sind ohne Hintergrundinformationen über Alters- und Geschlechtsverteilung der Begutachteten und die Altersstruktur der Beamtinnen und Beamten nur teilweise verständlich, daher Anlagen 1 bis 4.

Ob die hier erkennbaren Unterschiede einen Trend bedeuten, muss derzeit offen bleiben.

8. Zugehörigkeit der Begutachteten zu Personalgruppen

In den vorausgegangen Berichten wurden die Begutachteten den verschiedenen **Personal-gruppen** zugeordnet und anschließend das Verhältnis zwischen den Begutachteten der Personalgruppe und allen beschäftigten Beamten dieser Personalgruppe dargestellt.

Das Personalcontrolling des Senators für Finanzen orientiert sich zunehmend an den sogenannten **Produktgruppenhaushalten** und nicht mehr an der traditionellen Systematik der Personalgruppen bzw. Berufsgruppen. Auch nach diesem System sind sie Begutachteten

dem jeweiligen Produktplan zugeordnet und das Verhältnis zwischen den Begutachteten und den aktiven Beamten im Produktplan wird ermittelt.

Hier folgt eine Synopse der Begutachtungshäufigkeit nach beiden Systemen. Die Häufigkeitsverteilung nach Produktplänen ist grafisch in Anlage 5 dargestellt.

Rangfolge	nach Personalgruppe	Verhältnis	nach Produktplan	Verhältnis
1	Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte, Kran- kenpfleger	4,36	61 – Umweltschutz	4,77
2	Sozialarbeiter und Erziehungs- personal	2,86	51 – Gesundheit	3,54
3	Justizvollzug	1,56	41 – Jugend und Soziales	2,71
4	Lehrpersonal	1,45	21 – Bildung	1,45
5	Verwaltungspersonal	1,19	68 – Bau	1,35
6	Justiz und Gerichte	1,09	11 – Justiz	1,35
7	Technisches Personal	0,77	22 - Kultur	1,26

9. Anteil der Rückmeldungen durch gutachtenanfordernde Stellen

Systematische Rückmeldungen über die Schlussfolgerungen, die aus den amtsärztlichen Gutachten gezogen werden, gibt es immer noch nicht systematisch.

Wie bereits in den Vorjahren festgestellt, lässt sich eine Verknüpfung zwischen unserer Begutachtung und der De facto – Versetzung in den Ruhestand mit Hilfe der Controllingberichte des Senators für Finanzen leider nicht herstellen.

Für den amtsärztlichen Gutachter lassen sich Schlussfolgerungen aus Gutachten nur dann erkennen, wenn ein Auftrag zur Wiederholungsbegutachtung zur gleichen Fragestellung eingeht oder wenn im Auftragsschreiben ausdrücklich auf eine Vorbegutachtung verwiesen wird oder Beamte routinemäßig zwei Jahre nach der vorzeitigen Pensionierung erneut vorgestellt werden. Bereits aus gesundheitlichen Gründen pensionierte Beamte werden in aller Regel nach im Beamtenrecht festgelegten Zeiträumen zur erneuten Begutachtung geschickt; dahinter verbirgt sich die Frage der Reaktivierung, die aber bis auf extrem seltene Ausnahmen nicht mehr realisiert wird. So befanden sich 13 der Begutachteten des Jahres 2003 bereits im Ruhestand (10,7%) und weitere 7 Beamte (5,8%) waren entweder ohne Bezüge beurlaubt oder im Sabbatjahr oder suspendiert.

Daher wird wieder – hilfsweise – der Anteil der **Wiederholungs**begutachtungen zur Dienstfähigkeit/ Dienstunfähigkeit dargestellt (in der Tabelle hervorgehoben) Der Anteil der Erstbegutachtungen ist leicht angestiegen.

	2003		20	02
Erstbegutachtung	76	62,3%	83	56,1%
Folgebegutachtung	46	37,8%	64	43,2%
Nicht erfasst	0	0	1	0,7%
	122	0	148	
Folgebegutachtung zur gleichen Fragestellung innerhalb 6 Monate	8	6,6%	4	2,7%
Folgebegutachtung zur gleichen Fragestellung später als 6 Monate	26	21,5%	39	26,4%
Folgebegutachtung innerhalb 6 Monate, andere Fragestellung	5	4,1%	6	4,1%
Folgebegutachtung später als 6 Monate, andere Fragestellung	7	5,8%	16	10,8%
	46	38%	65	44%

10. Zum Zusammenhang zwischen Einstellungsuntersuchung und Begutachtung

Wir verweisen auf die Berichte der Vorjahre. Die Aussage, dass ein Zusammenhang zwischen Einstellungsuntersuchung und Frühpensionierung nicht erkennbar ist, gilt unverändert: Etwas weniger als die Hälfte der Begutachteten war früher im Gesundheitsamt Bremen zur Verbeamtung oder Einstellung untersucht worden. Nur in vier Fällen vermuteten wir einen Zusammenhang zwischen damals erkannten Befunden und der aktuellen Begutachtung. Die Zeitdauern zwischen Erstuntersuchung und Begutachtung zur Dienstfähigkeit zeigen eine riesige Bandbreite von unter einem Jahr bis zu 42 Jahren.

11. Schwerbehinderte und Begutachtung

Der Anteil der Schwerbehinderten bzw. gleichgestellten Behinderten mit niedrigerem GdB. unter den Begutachteten liegt jetzt wieder bei 15%. Die Schwerbehindertenquote in der Bremischen Verwaltung ist seit Jahren nahezu konstant.

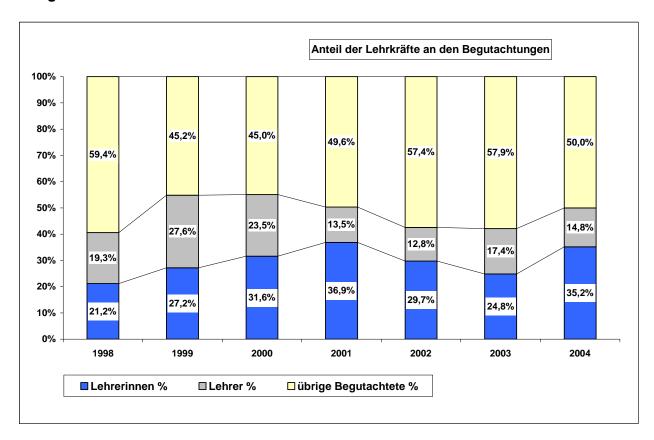
	Beschäftigte in der Öffentlichen Verwal- tung	Begutachtete					
			anderer GdB.	nicht behindert oder Behinderung nicht bekannt			
1999	5,9%	15%	4%	81%			
2000	5,9%	15%	6%	79%			
2001	6,0%	15%	4%	81%			
2002	5,85%	18%	11%	72%			
2003	-	15,6%	9,8%	74,6%			

12. Diagnosegruppen und Hauptdiagnosen bei den Begutachteten

Es hat im Vergleich zum Vorjahr wieder keine nennenswerte Veränderung im Diagnosespektrum gegeben. Allerdings zeigt sich in der Auswertung zwischen 1999 und 2003 im Trend eine Zunahme von Psychischen und Verhaltensstörungen (Gruppe F nach ICD-10). Das ist in Anlage 6 dargestellt. Für 2004 deutet sich bis dato (Mai 2004) ein Rückgang bei dieser Diagnosegruppe an.

Dr. Thomas Hilbert

Anlage 1:



Anmerkung:

Daten 2004 in laufender Aktualisierung, daher noch nicht vergleichbar.

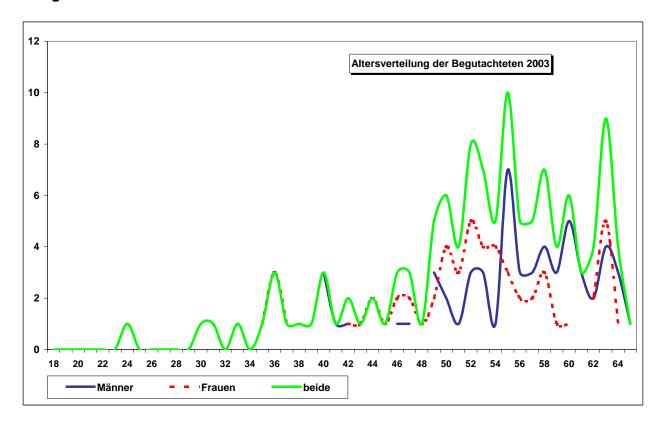
Anlage 2:

Geschlecht der beschäftigten und der begutachteten Beamtinnen und Beamten

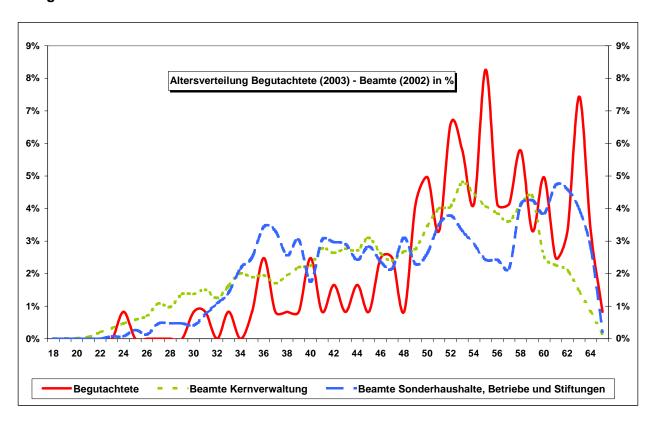
		Beschäftigte % 2000	0		U		Begutachte- te % 2003
Männer	54,1%	49,5%	43,3%	49,5%	44,6%	49,1%	50,0%
Frauen	45,9%	50,5%	56,7%	50,5%	55,4%	50,9%	50,0%

Quelle: Personal- Controlling- Berichte des Senators für Finanzen 2000 bis 2004

Anlage 3:

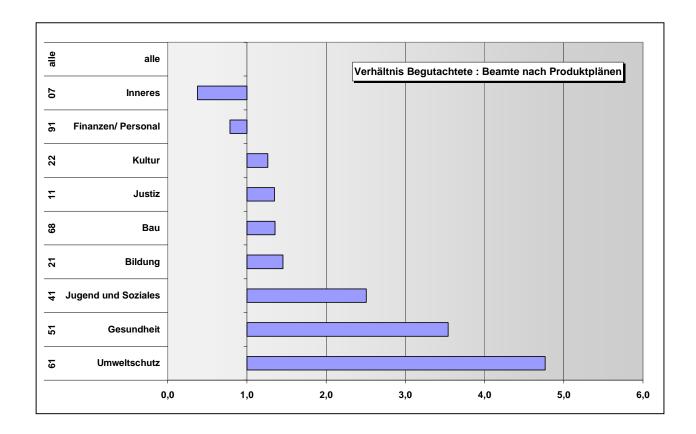


Anlage 4



Quelle: SfF, Personalcontrolling, Bd. 1, Bremen 2004

Anlage 5



Anlage 6

